

Revolution in Hamburg

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Hamburg



Verteidigung der *Roten Fahne*, 9. November 1919

Archiv Karl Roche

*Regionales Archiv zur Dokumentation des Anarchosyndikalismus, Anarchismus und
Rätekommunismus in Hamburg – RADAS*

[www.archiv-karl-roche.de]

Anarchosyndikalistischer Kreis | Gewerkschaft Vereinigung Aller Berufe

ASK | VAB Hamburg-Altona

[www.vabaltona.blogspot.de]

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Hamburg⁺⁾

I. Der Zündfunke

Am 28. Oktober 1918 begann der Anfang vom Ende des preußisch-deutschen Kaiserreiches. Die Marineführung hatte den *Operationsbefehl Nr. 19* erlassen, laut dem »der Gegner unter für uns günstigen Bedingungen zur Schlacht« gestellt werden sollte. Einer, der es wissen mußte, der vormalige Chef des Stabes der kaiserlichen Seekriegsleitung, (seinerzeit Kapitän zur See) MAGNUS. V. LEVETZOW, gab 1924 unumwunden zu, worum es ging: Während die Oberste Heeresleitung schon Anfang Oktober den kaisertreuen Parteien im Reichstag mitgeteilt hatte, daß der deutsche 'Siegfrieden' im Eimer sei, die Westfront nicht mehr lange zu halten wäre und nun, bitteschön, die Politiker *allein* ausbaden möchten, was sie sich von ihren Auftraggebern hatten einbrocken lassen – als also das Kaiserreich die Entente um einen Waffenstillstand anbettelte – da war »der Einsatz der Hochseeflotte in dieser Stunde höchster feindlicher Bedrängnis unseres Vaterlandes ... eine Lebensfrage für die Marine und eine Ehrenfrage für ihre durch Not und Tod bisher so glänzend bewährten, braven, tapferen, herrlichen Besatzungen – ehe unsere ruhmgekrönte stolze Flotte (...) zum Handelsobjekt in einem schimpflichen Frieden würde, war ihr Einsatz erforderlich. Der verantwortliche Entschluß war und bleibt richtig.«¹ Es handelte sich, dies sei nebenbei noch bemerkt, um einen veritablen Putschversuch der kaiserlichen Admiräle gegen die Regierung des vorletzten kaiserlichen Reichskanzlers MAX V. BADEN.²

Die Besatzungen des III. Geschwaders in Wilhelmshaven teilten die Meinung ihres Stabschefs und der Seekriegsleitung nicht so ganz: Für sie sah das ganze Unternehmen eher nach einem Himmelfahrtskommando aus – an jenem 28. Oktober löschten die Heizer die Feuer unter den Kesseln der Schlachtschiffe, Matrosen verweigerten den Dienst.³

Die 'Meuterei' wurde vorläufig niedergeschlagen, doch sie war der Funke, welcher den Kieler Matrosenaufstand entfachte, der sich wie ein Steppenbrand in wenigen Tagen über das Reich ausbreitete und den Sturz der Hohenzollern-Monarchie einleitete.

II. »Das Alte stürzt ...«

Am 3. November waren erste Gerüchte über Straßenkämpfe in Kiel nach Hamburg gedrungen, und am 4. kam es auf der *Vulcan-Werft* zu einem Sympathie-Streik für die Kieler Matrosen. Als am 5. November in der Presse dann ausführliche Berichte erschienen, gab es bei *Blohm & Voss* Randal: die Speisehallen wurden demoliert, und vor allem die Werftarbeiter forderten immer lauter einen allgemeinen Streik. Auf einer am Nachmittag eilig zusammengerufenen Versammlung von 200 Delegierten aus allen Großbetrieben konnten MSPD- und Gewerkschaftsführung noch ihren 'mäßigen' Einfluß geltend machen und einen Beschluß über Kampfmaßnahmen um zwei Tage verschieben, auf Donnerstag, den 7. November. Doch die Bewegung rollte über sie hinweg. Schon am Abend fand eine von der USPD einberufene Massenversammlung vor dem Gewerkschaftshaus statt, wo vor reichlich 10.000 begeisterten Menschen der USPD-Reichstagsabgeordnete (und spätere

⁺⁾ Der Text erschien zuerst in *direkte aktion*, Organ der Freien ArbeiterInnen-Union – Internationale Arbeiter-Assoziation (FAU-IAA), Nr 72/November-Dezember 1988 (Kapitel I – III) und Nr. 74/März-April 1989 (Kapitel IV – VI); vom Verfasser etwas überarbeitet und um einige Literaturangaben ergänzt.

¹ siehe LEVETZOW 1924, S. 55ff. (der Mann war in der *republikanischen* Reichsmarine zum Konteradmiral avanciert, wurde aber 1920 gefeuert, weil er beim KAPP-Putsch mitmachte; seit 1931 NSDAP-Mitglied, 1933 – 1935 Berliner Polizeichef und für die 'Gleichschaltung' der Polizei und den Aufbau der »Geheimen Staatspolizei« verantwortlich).

Für die Vorgeschichte und Entwicklung des Kieler Aufstandes siehe DÄHNHARDT 1978; DEIST 1966; HILL 1988; KOLB 1978, S. 71 ff; ROSENRETER 1988, S. 5-99.

Zum Verlauf der ersten Jahre allgemein: CARSTEN 1973; KOLB 1978; MÜLLER, 1924; MÜLLER 1925a; MÜLLER 1925b; V. OERTZEN 1976; ROSENBERG [1928]; ROSENBERG [1935], 5 – 99; SCHULZ 1969; außerdem: RITTER/MILLER 1968

² siehe ROSENRETER 1988, S. 5-22; DEIST 1966; HILL 1988

³ siehe ROSENRETER 1988

Volksbeauftragte) WILHELM DITTMANN seine ZuhörerInnen dazu aufrief, dem Kieler Beispiel zu folgen: »Das Alte stürzt und das Proletariat sieht sich über Nacht vor die Aufgabe gestellt, die politische Macht zu ergreifen. (...) Hamburg muß sich seinen guten alten Platz in der Arbeiterbewegung zurückerobern!«⁴

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Hamburg.

Dienstag, den 5. November 1918,
abends 8 Uhr

große öffentliche Volksversammlung

im
Gewerkschaftshaus, großer Saal,
Befenbinderhof 56/57.

Tagesordnung:

1. „Der neue Kurs und die Arbeiterschaft“
Referent: Reichstagsabgeordneter W. Dittmann.
2. Diskussion.

Arbeiter, Frauen sorgt für Massenbezug der Versammlung!
Informiert euch über die wirklichen Tatsachen.
Der Vorstand.

Druck: Carl H. Schmidt. Verlag: J. Kalweit.

Noch während der Rede traf eine Delegation Matrosen ein, kurz darauf eine Gruppe Soldaten des 76er-Regiments, die sich aus dem Untersuchungsgefängnis befreit hatten. »Unter unbeschreiblichem Jubel verbrüdernten sich Matrosen, Soldaten und Arbeiter. Die Aktionsziele für den nächsten Tag lauteten: Sympathiestreik für Kiel und Demonstrationsversammlung auf dem Heiligengeistfeld.«⁵

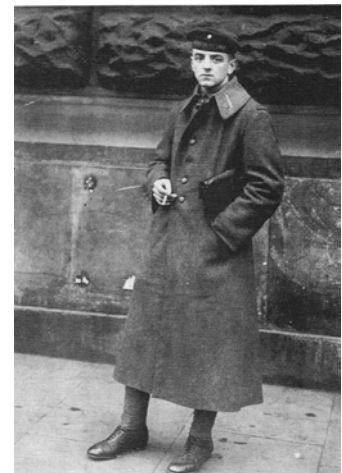
Doch die Ereignisse überschlugen sich: In der folgenden Nacht versammelten sich einige – eigentlich auf der Durchreise befindlichen – Matrosen auf dem Hamburger Hauptbahnhof und überlegten sich, wie sie der Geschichte mehr Pfiff geben könnten. Unter dem Kommando des Matrosenmaates FRIEDRICH ZELLER machten sich 20 Mann daran, die im Hafen liegenden Torpedoboote in die Hand zu bekommen – mit Erfolg. In den frühen Morgenstunden besetzte ZELLERS Truppe, mittlerweile auf 100 Mann angewachsen, den Elbtunnel, das Gewerkschaftshaus und den Hauptbahnhof. Revolutionäre Matrosen holten den Hamburger USP-Vorsitzenden FERDINAND KALWEIT aus den Federn, und eine Stunde später, um 8 Uhr, hatte Hamburg seinen Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat.⁶

»

In seiner Proklamation »An die Bevölkerung und an die Soldaten Hamburgs und Umgebung«, die die Unterschriften ZELLERS und KALWEITS trug, hieß es: »Mit dem heutigen Tage hat der Arbeiter- und Soldatenrat den größten Teil der politischen Macht in die Hand genommen. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Große Aufgaben liegen vor uns. Damit sie erfüllt werden können, ist Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendig.«

Folgende Forderungen wurden gestellt:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Preßfreiheit.
3. Unterlassung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.



FRIEDRICH ZELLER

⁴ zitiert nach ULLRICH 1982, S. 200f

Hamburg galt vor dem 1. Weltkrieg lange als die heimliche (oder *unheimliche* – je nach Sichtweise) 'Rote Hauptstadt' des Kaiserreiches; die drei Hamburger Reichstagswahlkreise und der des benachbarten preußischen Altona waren fest in der Hand der SPD. Zu Beginn des 1. Weltkrieges war die Hamburger Partei- und Gewerkschaftsführung mit wehenden Fahnen in das Lager der Kriegsunterstützer übergegangen und hatte die sehr starke interne Opposition gegen den Krieg mit nicht sehr feinen Mitteln mundtot gemacht. Darauf bezog sich DITTMANNs Bemerkung – siehe LAUFENBERG u.a. 1915; ULLRICH 1982; ULLRICH 1988.

⁵ ULLRICH 1982, S. 201; s.a. KOLB 1978, S. 77.

⁶ ULLRICH 1982, S. 201; KOLB 1978, S. 77; HEER 1975, S. 33.

9. *Es gibt außerdem keine Vorgesetzten.*
10. *Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zu Beginn des nächsten Dienstes.*
11. *Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrats einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.*
12. *Jeder Angehörige des Soldatenrats ist von jeglichem Dienst zu befreien.*
13. *Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrats zu treffen.*

Die Forderungen sind für jede Militärperson Befehl des Soldatenrats. Die Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrats werden angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittelfuhren an die Geschäfte, insbesondere an die Kriegsküchen, regelmäßig geschehen, damit die Bevölkerung ihre Lebensmittel erhalten kann.⁷



Torpedoboote im Hamburger Hafen unter der Roten Fahne

Ganz ohne Blutvergießen ging's nicht ab. Während 80 'Schutzhäftlinge' problemlos aus dem Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis befreit werden konnten, gab es um die Kaserne der 76er an der Bundesstraße ein kurzes, aber heftiges Feuergefecht, das auf der Seite der revolutionären Soldaten und Matrosen 10 Tote kostete. *»Wieviele von den armen Burschen, die von ihren 'Vorgesetzten' zum Mord an ihren Brüdern gezwungen wurden, unserem Feuer zum Opfer fielen, ist noch nicht bekannt«,* schrieb ein Teilnehmer am gleichen Abend.⁸

Gegen 12 Uhr mittags begann die am Vortag beschlossene Massenkundgebung auf dem Heiligengeistfeld mit mehr als 40 000 z.T. bewaffneten Matrosen, Soldaten und ArbeiterInnen. Auf der Veranstaltung wurde die Proklamation des Provisorischen A&SR akklamiert, und anschließend begab sich der Demonstrationszug zum Sitz stellvertretenden Generalkommandos in Altona. An der Reeperbahn kam es zweimal zu Schießereien: *»Alldeutsche Strolche, Heckenschützen, die nach der Ehre geizten, sich im Blute deutscher Proletarier den Haß über ihre eigene Ohnmacht von der Seele zu spülen, – wollten in Hamburg die Taten vollbringen, die sie im Kriege an der Front auszuführen zu feige gewesen sind.«⁹*

⁷ zit. nach LAUFENBERG [1918], S. 3f.

⁸ *Hamburger Echo (Die Rote Fahne)*, 7. 11. 1918; gekürzt in: RITTER/MILLER 1968, S. 52 – 54, hier: S. 53; der Verfasser ist wahrscheinlich PAUL FRÖLICH oder FRITZ WOLFFHEIM; weitere Auszüge bei MÜLLER 1924, S. 135f

⁹ zit. nach RITTER/MILLER 1968, S. 53

Am Sitz des Generalkommandos in der Palmaille endlich angekommen, fanden sich die Demonstranten vor vollendete Tatsachen gestellt – der Kommandierende General. v. Falk war – entfloht: »Zu unserer maßlosen Überraschung war der Falke ausgeflogen, und niemand wußte, wohin er seinen – gar nicht stolzen – Flug genommen hatte! Nur ein Registrator befand sich noch im Gebäude, die Maschinengewehre und Truppen waren entfernt worden.«¹⁰ Hamburg und Altona waren in der Hand der Revolutionäre.

Noch am Abend wurde dem hamburgischen Senat eine erste Rechnung präsentiert:

»Abberufung des Generals Falk.

Anerkennung des Soldatenrats durch das Generalkommando.

Festsetzung der Zeit einer Verhandlung zwischen Generalkommando und Soldatenrat.

Obergabe des öffentlichen Verkehrs an den Soldatenrat.

Unterstellung der Lebensmittelversorgung unter die Kontrolle des Arbeiterrats.

Sicherung der Papierversorgung für die Zwecke der Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats.«¹¹

III. »Kein Bruderkampf!«

In diesen ersten Revolutionstagen hatten sich die MSPD und die ihr nahestehenden Freien Gewerkschaften mit ihrem Versuch, die Umwälzung zu verhindern (oder wenigstens zu bremsen), ins politische Abseits manövriert. Die Führung in der ersten Phase dieser revolutionären Ereignisse lag in Hamburg – und das war relativ untypisch – in den Händen der USP und der noch schwächeren Linksradiكالen. Noch am Nachmittag des 6. November war das mehrheitssozialistische *Hamburger Echo* von Linken besetzt worden und erschien (für fünf Tage) als *Rote Fahne*.



Die *Rote Fahne* erschien unter der Redaktion von PAUL FRÖLICH nur vom 7. bis zum 11. November anstelle des *Hamburger Echo*. Danach erhielt die MSPD ihre Zeitung zurück; *Die Rote Fahne* wurde als »amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates« parallel dazu, ebenfalls im sozialdemokratischen Auer-Verlag, herausgegeben. Seit dem 2. 12. 1918 war sie Organ der Hamburger USPD, die sie ab dem 16. 12. unter dem neuen Titel *Hamburger Volks-Zeitung* (HVZ) publizierte. Bei der Vereinigung der USPD-Linken mit der KPD (Spartakusbund) zur *Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands* (VKPD) wurde die HVZ zu einer der größten und wichtigsten kommunistischen Tageszeitungen der Weimarer Republik.

Die Tendenz der Linken, USP wie Linksradiكالen, war eigentlich, die durch ihre Kriegspolitik kompromittierte alte Partei wie auch die Führung des ihr nahestehenden Gewerkschaftskartells aus allen Entscheidungsprozessen herauszuhalten. Dies stand aber im deutlichen Widerspruch zur tatsächlichen organisatorischen Kräfteverteilung¹² wie auch, was wichtiger war, zu den Wünschen der Mehrheit des Hamburger Proletariats. In der Arbeiterklasse überwog bei weitem der Wunsch, den 'Bruderkampf' zu beenden – eine in dieser Phase überaus typische Verhaltensweise in der ganzen deutschen Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie wurde eher mit ihrer Vorkriegstradition denn mit ihrer Unterstützung der kaiserlich-kapitalistischen Kriegspolitik identifiziert, die vielen als ein – korrigierbarer – 'Irrtum' erschien, nicht aber als eine grundsätzliche Entscheidung der Mehrheit der sozialdemokratischen und Gewerkschafts-Führung für den bürgerlichen Parlamentarismus inklusive Kapitalismus und gegen den Sozialismus. Wie dem auch sei, die Linken hatten der Massenstimmung Rechnung zu tragen.

10 RITTER/MILLER 1968, S. 54

11 RITTER/MILLER 1968, S. 54

12 1914 waren in der (alten) SPD ca. 68 000 Mitglieder organisiert. Die USPD umfaßte im November 1918 in Hamburg höchstens 500 Mitglieder, die Linksradiكالen Organisation allenfalls 200, eher weniger. Das *Hamburger Echo* war vor dem Weltkrieg nach dem Berliner *Vorwärts* die größte sozialdemokratische Tageszeitung in Deutschland – und vertrat im Krieg konsequent sozialpatriotische Positionen. Die Opposition in Hamburg hatte vor dem Kriegsende keine Möglichkeit, sich eigene Publikationsorgane zu schaffen; vergleiche ULLRICH 1982, S. 181ff.

Am 8. November fand die am Vortage ausgeschriebene Wahl für einen »Großen Arbeiterrat« in allen Hamburger Betrieben statt.¹³ MSPD und Gewerkschaften hatten ihren ursprünglichen Widerstand gegen die Wahl aufgegeben, nachdem die beiden Linksradiكالen PAUL FRÖLICH und FRITZ WOLFFHEIM ihnen eine paritätische Beteiligung an der Exekutive des Arbeiterrates sowie die Rückgabe des *Echo* zugesagt hatten. MSP- und Gewerkschaftsführung rechneten sich nicht zu unrecht gute Chancen aus, ihren angeschlagenen Rückhalt in den Massen wieder zu stabilisieren und den 'Räteunfug' in 'geordnete' parlamentarisch-demokratische Bahnen zu lenken.

Auf seiner konstituierenden Sitzung verabschiedeten die 600 Mitglieder des Großen Arbeiterrates dann folgenden Vorschlag: die 30köpfige Exekutive setzt sich zusammen aus 18 Delegierten der Betriebe sowie aus je 3 Vertretern der MSP, USP, Linksradiكالen und Gewerkschaften. Aber ausgerechnet in diese Sitzung vom 10. November platzte einer, den die Rechtssozialisten gerne sehr weit weg gesehen hätten: HEINRICH LAUFENBERG.

LAUFENBERG symbolisierte wie kaum ein anderer in Hamburg für die Arbeiterklasse die linke Opposition in der alten Partei und gegen den Krieg. Er war sozusagen der 'Hamburger LIEBKNECHT'.¹⁴ Im Jahre 1915 war er strafweise zum Kriegsdienst eingezogen worden – und nun tauchte er in der entscheidenden Sitzung des Arbeiterrates auf ...

LAUFENBERG wurde als Vertreter der Linksradiكالen ins Präsidium und dort, nach einer Kampfabstimmung, zum 1. Vorsitzenden des Hamburger Arbeiterrates gewählt. Neben seinen eigenen Genossen hatten auch die USP-Vertreter sowie die Betriebsdelegierten für ihn gestimmt, die der USPD nahe standen. Wider Erwarten waren die Rechtssozialisten in der Exekutive des AR in die Minderheit geraten, während paradoxerweise die schwächste Fraktion den Vorsitz des Revolutionsorgans inne hatte.

In LAUFENBERG hatten die alten Gewalten und ihre sozialdemokratischen Handlanger für die nächsten Wochen einen zähen Gegenspieler gefunden, »ein Mann, der«, wie der Historiker Eberhard Kolb schrieb, »genug Elastizität und realen Sinn besaß, um wenigstens einige Zeit an einer entscheidenden Stelle radikale Politik machen zu können«.¹⁵



LAUFENBERG und HEISE

IV. Alle Macht den Räten! Alle? ¹⁶

Hatte der »Provisorische Arbeiter- und Soldatenrat« am 6. 11. 1918 noch erklärt, er habe nur »den größten Teil der politischen Macht in die Hand genommen«, so wurden nach der Wahl HEINRICH LAUFENBERGS zum Vorsitzenden des Großen Arbeiterrates in der 'Stadt der ehrbaren Handels- und Kaufleute' andere Saiten aufgezogen. Gegen den erbitterten Widerstand der MSPD- und Gewerk-

¹³ der Wahlmodus: Betriebe mit 20 – 100 Beschäftigten: 1 Delegierte/r; 100 – 300 Beschäftigten: 2 Delegierte; 300 – 1.000 Beschäftigten: 3 Delegierte; für je 1.000 Beschäftigte mehr 1 Delegierte/r zusätzlich; nach KOLB 1978, S. 94

¹⁴ LAUFENBERG war auf Empfehlung FRANZ MEHRINGS 1907 nach Hamburg gekommen, um eine Parteigeschichte zu verfassen (LAUFENBERG 1910; LAUFENBERG 1911; LAUFENBERG 1913; LAUFENBERG 1931). Er hatte sich auf dem linken Parteiflügel profiliert (LAUFENBERG 1914; WINNIG 1923; WINNIG [1936?], S. 229-235) Im August 1914 kritisierte LAUFENBERG zusammen mit FRITZ WOLFFHEIM und dem Altonaer Anwalt CARL HERZ im *Hamburger Echo* die Kriegspolitik der SPD und des *Echo* (LAUFENBERG u. a. 1915, S. 16). Der Versuch einer Disziplinierung durch den Vorstand wurde abgebrochen, da sich zu viele lokale Parteiorganisationen und -gremien mit den Kritikern solidarisierten. Als im Dezember 1914 für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten WILHELM METZGER ein Nachfolger gefunden werden mußte, wagte die Opposition einen ersten Machtkampf: sie nominierte LAUFENBERG gegen den SPD-Landesvorsitzenden und Parteisekretär OTTO STOLTEN und errang immerhin ein Drittel der Delegiertenstimmen. Das stellvertretende Generalkommando übernahm es daraufhin, die Opposition mundtot zu machen; die Schriften (LAUFENBERG/WOLFFHEIM 1914; LAUFENBERG/WOLFFHEIM 1915; LAUFENBERG u. a. 1915), in denen die Haltung der SPD einer scharfen Grundsatzkritik unterzogen wurde, wurden beschlagnahmt, die Verfasser schließlich zum Militär eingezogen – WOLFFHEIM im Mai 1915, LAUFENBERG im August 1915, HERZ im Sommer 1916; vergleiche ULLRICH 1982, S. 185 – 188; zu HERZ siehe neuerdings auch HANKE 2006, S. 114

¹⁵ KOLB 1978, S. 149

¹⁶ Nach Veröffentlichung des ersten Teils (da Nr. 72) ist einige Literatur erschienen, die erst für diese Folge benutzt werden konnte: DIEKEN 1988; BAUCHE 1988; darin ULLRICH 1988 sowie BERLIN 1988.

schaftsvertreter beschloß die Exekutive des Rates am Abend des 12. November, einen Tag nach der Wahl, folgendes:

Bekanntmachung.¹⁷

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das Hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik. Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden Körperschaften. Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Berufe nach. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten; die Gehälter werden fortgezahlt. Das Privateigentum wird geschützt. Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt. Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab im Rathaus in Permanenz. Weitere Bekanntmachungen folgen.

Hamburg, den 12. November 1918

Der Arbeiter- und Soldatenrat

LAUFENBERG W. HEISE

Am nächsten Morgen wehte über dem Rathaus die rote Fahne.

Den Kritikern des Beschlusses, Senat und Bürgerschaft aufzulösen (Rechts-Sozialisten wie auch den Herren der betroffenen Institutionen), hielt LAUFENBERG in seiner großen Rede am 30. November 1918 kühl entgegen: »Jede Revolution schafft aus sich heraus neues Recht, und dieses neue Recht beruht auf der Tatsache der Macht, auf der Tatsache, daß eben die Revolution zum Siege gekommen ist.«¹⁸ Doch ganz so einfach ließ sich die Beseitigung der bisherigen Hamburgischen Regierung nicht bewerkstelligen. Der drohende Zusammenbruch von Verwaltung und Versorgung nötigte den Arbeiterrat, mit dem Senat in Verhandlungen zu treten: »Denn er bildete die oberste Spitze des Verwaltungsapparates, an dessen ununterbrochener Wirksamkeit der Arbeiter- und Soldatenrat ein dringendes Interesse besaß, schon um im Geldverkehr und damit in der Auszahlung der Familienunterstützungen und der Beamtengehälter, in der Beschaffung der Lohnsummen für die Arbeiterschaft keine Störungen eintreten zu lassen.« Und in deutlicher Abgrenzung zum Revolutionskonzept, wie es LENIN gut ein Jahr zuvor formuliert hatte, erklärte LAUFENBERG: »Nicht Zertrümmerung dieses Apparates, sondern Umformung des bürokratischen in einen Volksapparat und deshalb zunächst politische Kontrolle in allen seinen ausschlaggebenden Zweigen, das war die Maxime, von der der Rat sich leiten ließ.«¹⁹ Das war in der gegebenen Situation durchaus realistisch gedacht. Es fehlte dem Arbeiter- und Soldatenrat an geschulten Fachleuten, die die notwendigen Verwaltungsaufgaben hätten übernehmen können, so daß der Rat am 18. November in einem neuen Beschluß erklärte, daß »zum Zwecke der Aufrechterhaltung der hamburgischen Verwaltung, insbesondere des hamburgischen Finanzwesens, die Mitglieder des früheren Senats und der früheren Bürgerschaft, denen, unbeschadet der Ausübung der politischen Gewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die Erledigung der zur Erreichung der genannten Zwecke erforderlichen Angelegenheiten obliegt. Gegen ihre Beschlüsse steht dem Arbeiter- und Soldatenrat das Veto zu. Dem Senat werden als Beigeordnete vier Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates beigegeben. Ebenso wird der Finanzdeputation ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates beigegeben.«²⁰ Vorausgegangen waren diesem Beschluß zähe Verhandlungen mit dem abgesetzten Senat, in denen Senator PETERS (der spätere langjährige Hamburger Oberbürgermeister) unverhohlen mit dem Verlust

17 *Die Rote Fahne*. Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, 13. 11.1918

18 LAUFENBERG [1918], S. 4

19 LAUFENBERG [1919], S. 215; Laufenberg's Schrift *Die Hamburger Revolution* erschien zuerst unter dem Titel *Die Räteidee in der Praxis des Hamburger Arbeiterrates* im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. XLV, 1918/19, anschließend (unwesentlich verändert) als selbständige Broschüre unter dem obigen Titel im Verlag der Hamburger KPD. Der Text ist in den letzten 20 Jahren [geschrieben 1989!] mehrfach nachgedruckt worden. Zu LENIN'S Revolutionsauffassung siehe LENIN [1917], S. 315-420.

20 zit. n. LAUFENBERG [1918], S. 6f

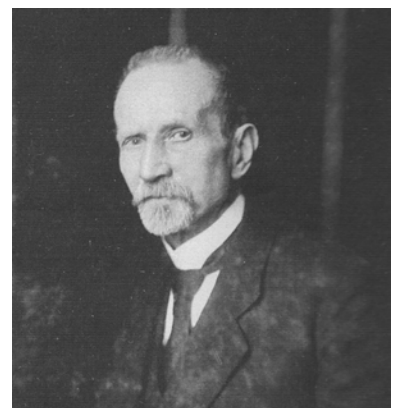
der 'Kreditfähigkeit' der Hansestadt gedroht hatte, würde anstelle des Senats der Arbeiter- und Soldatenrat die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen mit dem Ausland aufrecht zu halten suchen. Unterstrichen wurde dieses Argument durch den Hinweis, daß Frankfurter, Berliner und Hamburger Großbanken justament dabei wären, in den USA einen umfangreichen Import-Kredit zu verhandeln. Federführend an diesen Verhandlungen war u.a. der Hamburger Bankier MAX WARBURG beteiligt, dessen Bruder PAUL WARBURG Mitglied der US-amerikanischen Zentralbank, des *Federal Reserve Board*, war. Das Wort eines solchen Mannes hatte natürlich Gewicht. Dem konnten sich die Revolutionäre letztlich nicht entziehen, als MAX WARBURG am 18. November bei den Verhandlungen mit den ehemaligen Senatoren auftrat.²¹

Parallel zu den Verhandlungen mit dem Senat fanden Verhandlungen mit den hamburgischen Kapitalisten statt (deren Vertretung die alte Bürgerschaft faktisch darstellte), die zur Bildung eines Wirtschaftsrates führten. Daneben kam es – zumindest in Ansätzen – zur Bildung von verschiedenen Berufsräten (Lehrer, Beamte, Angestellte etc.).²²

V. Die 'Ordnungsfreunde' formieren sich

Für die Hamburger Mehrheitssozialdemokraten schien mit der Proklamation vom 18. November der Zeitpunkt gekommen zu sein, ihre Vorstellungen davon, wie die Revolution auszusehen habe, endlich umsetzen zu können – und das hieß in erster Linie: *Zurückdrängung des Einflusses des Arbeiter- und Soldatenrates und Errichtung einer parlamentarischen Demokratie*. Am 26. November forderte eine Versammlung des Gewerkschaftskartells, an der auch Vertreter des MSP-Vorstandes teilnahmen, »baldtunlichst Neuwahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Kommune auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aller über 20 Jahre alten Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts«.²³ Und als am Mittwoch, den 27. 11. 1918, die Bürgerschaft das erste Mal seit Beginn der Revolution wieder zusammentreten sollte, hatte der Vorstand der Bürgerschaft einen Antrag in petto, der von allen Fraktionen einstimmig unterstützt wurde: »Die Bürgerschaft ersucht den Senat, tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für alle Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts vom 20. Lebensjahr eingeführt wird.«²⁴ Nicht nur, daß sich der Wortlaut beider Texte so verblüffend ähnelte – es war die mehrheitssozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion, die den Senat ins Spiel gebracht hatte.²⁵ Dieser erste Affront gegen die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrates schlug allerdings fehl. LAUFENBERG begab sich mit einer Delegation in die Bürgerschaft und machte den versammelten Herren unmißverständlich klar, daß sie nichts zu blasen hatten: »Senat und Bürgerschaft sind als politische Körperschaften ausgeschaltet.«²⁶

Schließlich kam es auch noch zu einem – wenn auch dilletantischen – Putschversuch Anfang Dezember. Verwickelt darin waren u.a. ein Redakteur des konservativen *Hamburgischen Correspondenten*, zwei ehemalige Mitglieder der Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates sowie der Matrosenmaat FRIEDRICH ZELLER – eben jener 'Revolutionär der ersten Stunde', der sich und seine Verdienste mittlerweile nicht mehr genügend gewürdigt sah. Die ganze Verschwörung war frühzeitig aufgefliegen, und die Konspiratoren wurden in der Nacht vom 3. auf den 4. 12. kassiert. Nicht kassiert wurden OTTO STOLTEN und EMIL



OTTO STOLTEN

21 CARSTEN 1973, S. 116; siehe auch LAUFENBERG [1918], S. 4ff; LAUFENBERG [1919], S. 215ff. Zur Bedeutung des Bankhauses WARBURG und seiner internationalen Verbindungen vergleiche VAGTS [1958].

22 LAUFENBERG [1919], S. 215f

23 zitiert nach DIEKEN 1988 (28.11.)

24 zitiert nach LAUFENBERG, [1918], S. 9

25 LAUFENBERG, [1918], S. 9

26 LAUFENBERG, [1918], S. 10

KRAUSE, beide Redakteure des sozialdemokratischen *Hamburger Echo*, beide von der Putschvorbereitung informiert. Nicht, daß sie sich beteiligt hätten. Aber sie hatten es auch nicht für nötig befunden, die Linken im Arbeiterrat zu unterrichten.²⁷

Ein positives Resultat hatte der Putschversuch: er sorgte für eine gewisse Radikalisierung auch unter den Soldaten – die mehrheitlich zur MSPD neigten –, was sich in den bekannten »Hamburger Punkten« niederschlug (die vom Hamburger Delegierten WALTHER LAMP'L auch auf dem ersten Rätekongreß in Berlin – mit einigen nebensächlichen Änderungen – vorgestellt wurden). Sie sahen die Wählbarkeit der Offiziere durch die Mannschaften vor; des weiteren sollte die Kommandogewalt über die lokalen Garnisonen in den Händen der örtlichen Räte liegen »im ständigen Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt«, dem Rat der Volksbeauftragten; für die Disziplin und Zuverlässigkeit der Truppen sollten die Soldatenräte (und eben nicht die Offiziere) die Verantwortung tragen; hinzu kam die Abschaffung der Rangabzeichen und die Forderung nach Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Volkswehr.²⁸ Der *Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte*, der vom 16. – 21. Dezember in Berlin



WALTER LAMP'L

tagte, nahm die »Hamburger Punkte« mit überwältigender Mehrheit an. Ein auf Verlangen des Volksbeauftragten FRIEDRICH EBERT (MSPD) angehängter achter Punkt, es solle sich hierbei um – letztlich unverbindliche – 'Richtlinien' handeln, wurde gekippt.²⁹ So allgemein sie formuliert waren – die Führung der kaiserlichen Armee spürte sehr genau, daß eine Umsetzung dieses Beschlusses das Ende der alten Militärkaste bedeutet hätte. Entsprechend lautstark heulte sie auf. Doch der Beschluß des Räte-Kongresses blieb Makulatur. Am 19. Januar 1919 stellte der »Rat der Volksbeauftragten« mit der Verordnung über die »vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer« die alten Militär-Hierarchien wieder her.³⁰

Der Räte-Kongreß, den die MSPD dominierte, beschloß seine eigene Abdankung, die Wahl einer »Verfassungsgebenden Nationalversammlung« für den 19. Januar 1919. Die Zeiten wurden härter, das wußte auch LAUFENBERG, der als Delegierter in Berlin gewesen war.³¹ Was blieb, war, soviel zu retten und zu verändern, wie nur ging, um für die »Zweite Revolution«³² bessere Ausgangsbedingungen vorzubereiten.

VI. Abgesang

Während die Hamburger Rechtssozialisten im ersten Revolutionsmonat im Arbeiterrat in der Defensive waren, begannen sie systematisch, sich im Soldatenrat eine Machtposition zu schaffen. Einen ersten größeren Erfolg hatte die MSP mit der faktischen Übernahme des *Siebener-Ausschusses*, des Exekutivorgans des Soldatenrates, wodurch sie erfolgreich die Gründung einer Roten Garde verhindern konnten.³³ LAUFENBERG hat später den Unterschied zwischen dem Arbeiter- und dem Soldatenrat wie folgt analysiert: »Besäß der Arbeiterrat trotz aller parteipolitischen Verschiedenheiten einen gemeinsamen Boden in dem Arbeiterklassenstandpunkt seiner Mitglieder; so war eine solche Grundlage bei den Vertretern des Soldatenrates nicht vorhanden.«³⁴ »Es überwogen die bürgerlichdemokratischen Auffassungen, manche seiner Mitglieder waren Gefühlssozialisten, doch ohne Kenntnis der sozialistischen Gedankenwelt; nur wenige hatten sich zu einer gefestigten

27 vergleiche ULLRICH 1982, S. 205; v. DIEKEN 1988 (19./20. 11, 29.11. und 3./4. 12.)

28 Der von LAMP'L leicht veränderte Text mit seiner Begründung in: ZENTRALRAT 1919, Spalte 128 – 131

29 vergleiche ZENTRALRAT 1919, Spalte 140-190 (Debatte und Abstimmung); siehe auch KOLB 1978, S.201f

30 vergleiche CARSTEN 1973, S.59ff

31 vergleiche ZENTRALRAT 1919, Teilnehmer- und Rednerverzeichnis

32 siehe LAUFENBERG 1919

33 s. DIEKEN 1988, (23.11.)

34 LAUFENBERG [1919], S. 213

sozialistischen Überzeugung durchgerungen; alle aber standen ausschließlich im Banne der nächsten militärischen Aufgaben.«³⁵ Solange der Einfluß der Linken im Arbeiterrat überwog, folgte ihnen der Soldatenrat. Aber seitdem der Wind nach dem Reichs-Rätekongreß merklich umgeschlagen war, schlug die Wühlarbeit der EBERT-SCHIEDEMANN-Sozialisten vollends durch. Es rächte sich auch, daß die Linken aufgrund ihres prinzipiellen Pazifismus (USPD) bzw. Antimilitarismus (Linksradikale) es versäumt hatten, stärker auf den Soldatenrat einzuwirken und den Rechtssozialisten dieses wichtige Terrain letztlich kampfflos überließen.

Es wurde Zeit, *tabula rasa* zu machen. Am 23. 12. 1918, zwei Tage nach Beendigung des Rätekongresses, trat WILHELM HEISE, der Vorsitzende des Soldatenrates, zurück, um einem Mißtrauensantrag zuvor zu kommen. HEISE, ein überzeugter Anhänger der Revolution, hatte leider eine Marotte: er wollte partout nicht auf seine Rangabzeichen verzichten – ein klarer Verstoß gegen die nun auch reichsweit geltenden »Hamburger Punkte«. Die Rechten nutzen dies geschickt aus, und die Linken im Soldatenrat fielen prompt darauf herein. HEISES Nachfolger wurde am 27. 12., in einer Kampfabstimmung gegen den USPD-Reichstagsabgeordneten REICH, WALTHER LAMP'L – der Mann, der seit Mitte November gemeinsam mit dem Senatsbeauftragten FRED BAUMANN für die Mehrheitssozialdemokraten am wühlen war. LAMP'L, Reserveoffizier und zuletzt Kolumnist der bürgerlichen *Täglichen Rundschau*, war zu Beginn der Revolution der MSPD beigetreten und arbeitete seitdem als Redakteur beim *Hamburger Echo*. Später sollte er Senator im preußischen Altona werden.³⁶ Manchmal ist eine 'revolutionäre' Vergangenheit der Karriere überaus förderlich ...

Der Wind hatte sich gedreht, das mußten USP und Linksradikale (letztere nunmehr Ortsgruppe Hamburg der zum Jahreswechsel gegründeten *Kommunistischen Partei Deutschlands* (Spartakusbund)) erkennen. Die »Massendemonstration für die sozialdemokratische Regierung EBERT-SCHIEDEMANN« auf der Moorweide, zu der MSPD und Gewerkschaftsführung am 1. Januar 1919 aufriefen, hatte 30 000 Teilnehmer, die Gegendemonstration der Linken nur zehntausend.³⁷

Am 6. Januar 1919 brach der sogenannte »Spartakus-Aufstand« in Berlin aus. Nach einer geschickt inszenierten Provokation durch MSP-Führung und kaiserlichem Militär griff die revolutionäre Minderheit der Berliner Arbeiterklasse erbittert zu den Waffen und wurde niedergemacht – Vorgeschmack auf kommende Dinge: »Einer muß den Bluthund machen. Ich scheue die Verantwortung nicht«, hatte GUSTAV NOSKE (MSPD, Volksbeauftragter und späterer Reichswehrminister) erklärt. Unter den Toten waren auch ROSA LUXEMBURG, KARL LIEBKNECHT und LEON JOGICHES, die Führungsgruppe der KPD.³⁸

Unter dem Eindruck der Januarkämpfe begannen die Hamburger Werftarbeiter am 9. Januar einen Solidaritätsstreik mit dem kämpfenden Berliner Proletariat. Arbeiter besetzen das Gewerkschaftshaus, andere drangen in die Expedition des *Echo* ein und richten etwas Sachschaden an,³⁹ worauf LAUFENBERG, der unverzüglich an den Ort des Geschehens geeilt war, das Erscheinen des Blattes vorläufig verbot, »um neuen Zwischenfällen vorzubeugen, zumal unter die Menge sich offensichtlich provokatorische Elemente in großer Zahl gemischt hatten«. Der »Parität halber« schloß LAUFENBERG auch das Organ der USPD, die *Hamburger Volkszeitung*. Der Rat billigte diese Entscheidung nachträglich und machte sich gleich daran, einen Beschluß zu verwirklichen, der in einer Massenversammlung anläßlich des gescheiterten Dezember-Putsches gefaßt worden war, nämlich die Umwandlung des *Echos* in das Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, herausgegeben durch eine paritätisch besetzte Redaktion. Die USP hätte ihre *Hamburger Volkszeitung* natürlich auch einstellen müssen (die KPD hatte noch keine eigene Tageszeitung in Hamburg), »womit die Einheit auf dem Gebiete der Presse durchgeführt und in weiterer Folge auch die Geschlossenheit der politischen Organisation gewährleistet gewesen wäre«.⁴⁰ Ob dieser Ansatz realistisch war, sollte nie geprüft werden können – der nun vollständig unter MSP-Einfluß stehende Soldatenrat verlegte Truppen ins Gebäude des *Echo*, um den Beschluß zu verhindern, und

35 LAUFENBERG [1919], S. 213

36 s. DIEKEN 1988, (23. 11.; 22. 12.)

37 s. ULLRICH 1982, S. 205; ULLRICH 1988, S. 99f; HEER 1975, S. 39

38 vergleiche außer den in Anm. 1 angeführten Schriften: HANNOVER-DRÜCK/HANNOVER 1968; RADEK 1921

39 ULLRICH 1988, S. 100; LAUFENBERG [1919], S. 236f

40 LAUFENBERG [1919], S. 237



Hamburger Rathausmarkt am 11. Januar 1919

LAUFENBERG wurde kurzfristig von der Wachmannschaft des Rathauses gefangenengesetzt.⁴¹

Am 11. Januar mobilisierte die MSPD mehr als 100.000 Menschen unter den Parolen »Gegen anarchistischen Terror, für Freiheit, für die Sozialdemokratische Partei und die Revolution« auf den Rathausmarkt. Unter dem Druck der Menge, die das Rathaus stundenlang blockierte, willigte die Ratsexekutive in Neuwahlen für den Arbeiterrat ein. Am 20. Januar trat LAUFENBERG entnervt vom Posten des Vorsitzenden zurück. Letzten Ausschlag für diese Entscheidung dürfte das Wahlergebnis zur Nationalversammlung gewesen sein: In Hamburg erhielt

die MSPD 51,3 % der abgegebenen Stimmen, die USPD lediglich 6,8% – es war ersichtlich, auf wessen Seite die Loyalität der Massen war.⁴²

LAUFENBERGS Nachfolger wurde der Mehrheitssozialdemokrat KARL HENSE, der die Konkursmasse verwaltete und für die Abwicklung des Arbeiter- und Soldatenrates sorgte. HENSE, für den (nunmehr MSP-beherrschten) Arbeiterrat, und LAMP'L, für den Soldatenrat, unterzeichneten am 11. 2. 1919 die offizielle Abdankung des Rates, die »Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates, betreffend Neuwahl der Bürgerschaft«, die für den 16. März festgelegt wurde.⁴³ Erwartungsgemäß erhielt die MSPD dort die Mehrheit (50,5%). Am 26. März, auf der zweiten Sitzung der neuen Bürgerschaft, erklärte HENSE: »Der Arbeiter- und Soldatenrat legt hiermit seine politische Macht, die er auf Grund der Revolution ausgeübt hat, in die Hände der Bürgerschaft zurück.«⁴⁴ Die rote Fahne über dem Rathaus wurde klammheimlich eingeholt.

Jonnie Schlichting

⁴¹ LAUFENBERG [1919], S. 237

⁴² ULLRICH 1988, S. 100

⁴³ *Amtsblatt der freien und Hansestadt Hamburg*, No. 37, 12. 2.1919, S. 253f

⁴⁴ zit. n. ULLRICH 1988, S. 100

Literatur

- BAUCHE 1988: ULRICH BAUCHE u.a. (Hrg.), *Wir sind die Kraft*. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945. Katalogbuch zur Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte, Hamburg [VSA]
- BERLIN 1982: JÖRG BERLIN (Hrg.), *Das andere Hamburg*, Köln, 2. Auflage [Pahl-Rugenstein]
- BERLIN 1988: JÖRG BERLIN, *Staatshüter und Revolutionsverfechter*. Arbeiterparteien in der Nachkriegskrise; in: BAUCHE 1988
- CARSTEN 1973: FRANCIS L. CARSTEN, *Revolution in Mitteleuropa 1918 - 1919*, Köln [Kiepenheuer und Witsch]
- DÄHNHARDT 1978: DIRK DÄHNHARDT, *Revolution in Kiel*. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik 1918/19, Neumünster [Karl Wachholtz]
- DEIST 1966: WILHELM DEIST, *Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918*; in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 24, Heft 4, Oktober
- DIEKEN 1988: JAN VAN DIEKEN, *Der kurze Winter der Revolution*. Tagebuch aus der Hamburger Rätebewegung 1918/19; in: *taz hamburg*, 4.11.1988 ff
- HANKE 2006; CHRISTIAN HANKE, *Herz, Carl*; in: KIRSTEN HEINSOHN (Hrg.), *Das jüdische Hamburg*. Ein historisches Nachschlagewerk, Göttingen 2006 [Wallstein]
- HANNOVER-DRÜCK/HANNOVER 1968: ELISABETH HANNOVER-DRÜCK/HEINRICH HANNOVER (Hrg.), *Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht*. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt/M., 2. Auflage [edition suhrkamp]
- HEER 1975: HANNES HEER, *Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek [rororo]
- HILL 1988: LEONIDAS HILL, *Signal zur Konterrevolution?* Der Plan zum letzten Vorstoß der deutschen Hochseeflotte am 30. Oktober 1918; in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 36, Heft 1, Januar
- KOLB 1978: EBERHARD KOLB, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919*, Frankfurt/M-Berlin/W-Wien, 2. Auflage [Ullstein]
- LAUFENBERG 1910: HEINRICH LAUFENBERG, *Hamburg und sein Proletariat im achtzehnten Jahrhundert*. Eine wirtschaftshistorische Vorstudie zur Geschichte der modernen Arbeiterbewegung im niederelbischen Städtegebiet., Hamburg 1910 [Erdmann Dubber]
- LAUFENBERG 1911: HEINRICH LAUFENBERG, *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung*, Band 1, Hamburg [Auer]
- LAUFENBERG 1913: HEINRICH LAUFENBERG, *Hamburg und die Französische Revolution* (Sammlung Sozialistischer Schriften 16/17). Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes Sozialdemokratischen Landesorganisation Hamburg und der Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine von Altona, Ottensen und Wandsbek. Hamburg 1913 [Erdmann Dubber]
- LAUFENBERG 1914: HEINRICH LAUFENBERG, *Der politische Streik*, Stuttgart [J. H. W. Dietz]
- LAUFENBERG [1918]: HEINRICH LAUFENBERG, Rede Dr. LAUFENBERGS über *Die Lage und die Politik des Arbeiter- und Soldatenrates am 30. November 1918*, Hbg. o. J. [Auer]
- LAUFENBERG [1919]: HEINRICH LAUFENBERG, *Die Hamburger Revolution*; in: FRITS KOOL (Hrg.), *Die Linke gegen die Parteiherrschaft* (Dokumente der Weltrevolution Band 3), Olten & Freiburg/Br. 1970 [Walter]
- LAUFENBERG 1919: HEINRICH LAUFENBERG, *Zwischen der ersten und zweiten Revolution*, Hamburg 1919 [Willascheck & Co.]
- LAUFENBERG 1931: HEINRICH LAUFENBERG, *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung*, Band 2 [Auer]
- LAUFENBERG/WOLFFHEIM 1914: HEINRICH LAUFENBERG/FRITZ WOLFFHEIM, *Imperialismus und Demokratie*. Ein Wort zum Weltkrieg, Hamburg [H. Laufenberg]
- LAUFENBERG/WOLFFHEIM 1915: HEINRICH LAUFENBERG/FRITZ WOLFFHEIM, *Demokratie und Organisation*. Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg [H. Laufenberg]
- LAUFENBERG u. a. 1915: HEINRICH LAUFENBERG/FRITZ WOLFFHEIM/CARL HERZ, *Organisation, Krieg und Kritik*. Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, Hamburg [H. Laufenberg]
- LENIN [1917]: W. I. LENIN, *Staat und Revolution*. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution [1917]; in: ders., *Ausgewählte Werke* (in 3 Bänden), Bd. II, Berlin/DDR 1970
- LEVETZOW 1924: MAGNUS V. LEVETZOW, *Der letzte Akt*, in: *Süddeutsche Monatshefte*, Jg. 21, Heft 7, April
- MÜLLER 1924: RICHARD MÜLLER, *Vom Kaiserreich zur Republik*. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien [Malik]
- MÜLLER 1925a: RICHARD MÜLLER, *Die Novemberrevolution*. Vom Kaiserreich zur Republik, Bd. 2, Wien [Malik]
- MÜLLER 1925b: RICHARD MÜLLER, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*. Geburtswehen der Republik, Berlin [Phoebus]
- V. OERTZEN 1976: PETER V. OERTZEN, *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, Bonn-Bad Godesberg, 2. erw. Auflage [J.H.W. Dietz]

- RADEK 1921: KARL RADEK, *Rosa Luxemburg – Karl Liebknecht – Leo Jogiches*, Hamburg [C. Hoym Nachf. L. Cahnbley]
- RITTER/MILLER 1968: GERHARD A. RITTER/SUSANNE MILLER (Hrg.), *Die deutsche Revolution 1918 – 1919*. Dokumente, Frankfurt/M [Fischer-TB]
- ROSENBERG [1928]: ARTHUR ROSENBERG, *Die Entstehung der Weimarer Republik 1871 – 1918* [erste Auflage 1928], Frankfurt/M ¹²1970 [EVA]
- ROSENBERG [1935]: ARTHUR ROSENBERG, *Geschichte der Weimarer Republik* [erste Auflage 1935], Frankfurt/M 1961 [EVA]
- ROSENRETER 1988: ROBERT ROSENRETER, *Blaujacken im Novembersturm*. Rote Matrosen 1918/1919, Berlin/DDR [Dietz]
- SCHULZ 1969: GERHARD SCHULZ, *Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920* (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd 2), München, 2. Auflage [dtv]
- ULLRICH 1982: VOLKER ULLRICH, *Weltkrieg und Novemberrevolution*. Die Hamburger Arbeiterbewegung 1914 – 1918; in: BERLIN 1982
- ULLRICH 1988: VOLKER ULLRICH, *Zwischen Burgfrieden und Novemberrevolution*. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Hamburg 1914-1919; in: BAUCHE 1988
- VAGTS [1958]: ALFRED VAGTS, *M. M. Warburg & Co*. Ein Bankhaus in der deutschen Weltpolitik, 1905-1933 [zuerst erschienen 1958]; in: ALFRED VAGTS, *Bilanzen und Balancen*. Aufsätze zur internationalen Finanz und internationalen Politik. Hrgg. von HANS-ULRICH WEHLER, Frankfurt/M [Syndikat]
- WINNIG 1923: [AUGUST WINNIG], WINNIG, KAPP, LUDENDORFF und LAUFENBERG; [Nachdruck aus *Der Firn* (Berlin)] in: *Der Hamburgische Correspondent*, Nr. 523, 23. November 1923 (Morgenausgabe)
- WINNIG [1936?]: AUGUST WINNIG, *Der weite Weg*, Hamburg [1936?], 3. Aufl. [Hanseatische Verlagsanstalt]
- ZENTRALRAT 1919: *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte. (Herausgeber und Verleger: ZENTRALRAT DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK DEUTSCHLANDS, Berlin, Herrenhaus), Berlin 1919

Preis 15 Pfg.

Geldwechsel: Hamburg 5.
Hilfen 60.

Gegen jede Ver-
dummung.

Sprechstunden
der Redaktion: Montag,
Dienstag, Mittwoch 5-6 Uhr

Ausgabe Nr. 15.

1919.

Anzeigenpreis:
Nach vorher. Vereinbarung

Wochenschrift für
freien Sozialismus

Durch die Post bezogen,
vierteljährlich Mk. 1.20,
Bestellgeld extra.

Alarm

Herausgeber: Carl Langer, Hamburg 31.

287 Maschinengewehre in St. Pauli.

Drohender Einmarsch der Regierungstruppen.

Drohender Einmarsch der Regierungstruppen.

Gewitterschwüle lagert über Hamburg. Der Konflikt der Sicherheitswehr mit dem Kommandeur Herrn Lampl spitzt sich mehr und mehr zu. Für die Sicherheitswehr im allgemeinen ist die ganze Streikfrage nur eine Drotfrage. Ist diese erst erledigt, dann geht ein großer Teil dieser Leute wie früher mit dem Gewehr in der Hand gegen die eigenen Klassengenossen vor. Die Mißhandlungen in der Davidnische usw. zeigen uns recht deutlich, was für Elemente sich bei dieser Wehr befinden. Das Parteibuch irgend welcher politischen Richtung kann die Rohheiten nicht verdecken, die verübt wurden.

Doch fallen diejenigen, die sich an diesen traurigen Vorfällen nicht beteiligt haben, nicht

Sollen wir versuchen, die Sicherheitsmannschaft zu veranlassen, von ihren Forderungen und Rechten Abstand zu nehmen? Sollen wir ihnen raten, künftig alle Befehle, die gegeben werden, auszuführen? Nein und abermals nein! Dieses können wir nicht. Keine Partei kann dies empfehlen. Können wir die um Rat fragende und Solidarität verlangende Mannschaft zurückweisen und ihnen sagen: Ein Teil von euch hat sich bisher so schief benommen, daß wir mit euch nichts zu tun haben wollen, macht was ihr wollt. — Nein, auch dies darf die Arbeiterschaft nicht sagen, denn damit, daß wir Klassengenossen, die einmal gefündigt haben, zurückweisen, schädigen wir uns selbst, da auf dem breiten Rücken der Arbeiterschaft der eventuelle Kampf doch ausgefochten würde. Die Haut der Arbeiter würde am meisten gegerbt werden.

Klar muß der Hamburger Sicherheitswehr gesagt werden, wie die Chancen stehen: Eine Ver-

jeden Menschen, ihr wollt den freien Sozialismus. Nur eure Führer führen euch weiter in graue Theorien, weil sie größtenteils vom praktischen Leben keine Ahnung haben, oder weil ihre soziale Frage gelöst ist.

Arbeiter, schließt euch zusammen zum Kampf gegen die Reaktion, laßt eure Führer, die die Zeit nicht verstehen wollen und können, allein auf weiter Flur und reißt euch die Hand denn nur ihr Arbeiter allein, könnt euch befreien. Nicht aber Doktoren und Kathedersozialisten oder Noske und Kompanie.

287 Maschinengewehre
in St. Pauli

Im Einvernehmen mit dem Senat der freien Hansestadt Hamburg sowie den Magistraten der Städte Altona und Wandsbek wird hiermit der

Belagerungszustand über Hamburg-Altona und Wandsbek

verhängt. Die Hoffnung der Kommandatur Gross-Hamburg, ohne Verhängung des Belagerungszustandes auskommen zu können, ist durch die schamlose Unverschämtheit organisierter Verbrecherherden zerschanden gemacht worden.

Die vollziehende Gewalt geht hiermit auf den Kommandanten von Gross-Hamburg über.

Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Versammlungen in gedeckten Räumen sind 48 Stunden vorher anzumelden und bedürfen der Genehmigung des Kommandanten. Für Versammlungen am 23. und 24. April ist die Genehmigung telefonisch zu beantragen.

Ansammlungen auf Strassen und Plätzen sind verboten.

Polizeistunden: 8 Uhr.

Rennen, Ringkämpfe und ähnliche Schauspiele sind verboten.

In der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens darf sich niemand ausserhalb der Wohnung aufhalten, ausgenommen die Beamten des kaiserlichen Sicherheitsdienstes und diejenigen, die dem Kommando der Polizei befehlen oder dem Kommandanten Gross-Hamburg bei sich führen.

Die Besatzungen der Volkswache- und Polizeikommandos haben die Befehle Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.

Volkswache- und Polizeikommandos erhalten hiermit den strengsten Befehl, Personen, die mit den Waffen in der Hand, beim Plündern oder im Kampf mit Volkswache- oder Polizeikommandos angetroffen werden, auf der Stelle zu erschliessen.

Wrede

Lampf